

Rheinsberger Zeitung

Wöchentliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Eburmann

Druck und Verlag
Eburmanns Buchdruckerei,
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,20 Blatt für die 6 ge-
wöhnliche Zeilenzeit aber deren Raum berechnet und bis
vormittags 10 Uhr vor jeder Erscheinungstage erbeten.

Nr. 104

Freitag

Donnerstag, den 4. September 1930

Nummer 37

36. Jahrgang

Berlin, den 2. September 1930

Chronik des Tages.

Für die Reichstagswahl sind über 5000 Kandidaten aufgestellt gegenüber 6209 Bewerbern im Jahre 1928. Die Saarbevölkerung hat beim Vollerbund die völlige Abwertung des Bahnschulds verlangt. Der Präsident der Reichsversicherungsanstalt für Arbeitslosen Dr. v. Ohlshausen ist einem Herzschlag erlegen. Die Wemeler Landtagswahl ist am 10. Oktober anberaumt worden. Die Frage der Nachfolgerschaft für den Vorsitzenden der deutsch-polnischen Kommission in Oberschlesien, Galanter, ist auf die Tagesordnung des Vollerbundesrat gesetzt worden. Der polnische Stadtkarol in Lodz hat sich wegen der deutsch-polnischen Kundgebungen vor dem Konsulat entschuldigt. Im August dieses Jahres wurden 810 neue Kontrakte und 591 eröffnete Vergleichsverfahren amtlich bekanntgegeben. In Lagen ist der amerikanische Verbrecherkönig Jack Diamond verhaftet worden. Das Expeditionsschiff „Arctarag“ ist in Tromsø eingetroffen. Die sterblichen Überreste Andrees und seiner Begleiter wurden sofort in das Kranenhaus gebracht. Bei Gurdaffa in Marokko ist ein Autounfall in ein Unglück geendet. Sieben Eingeborene fanden den Tod; sechs wurden schwer verletzt. In Seattle (Washington) gingen infolge Zusammenstoßes mit einem Frachtdampfer eine Fischerbarke unter, wobei zehn Mann ertranken.

Der Genossenschaftstag.

Hamburg, 3. September.

Der Deutsche Genossenschaftsverband — die älteste, im Jahre 1859 von Schulze-Delitzsch gegründete genossenschaftliche Organisation — hielt in den Tagen vom 31. August bis 3. September seinen 67. Genossenschaftstag in Hamburg ab. Der deutsche Genossenschaftsverband ist die Zentrale des deutschen gewerblichen Genossenschaftswesens. Ihm gehören rund 1400 Kreditgenossenschaften und fast 2000 Waren- und Hausgenossenschaften sowie Genossenschaften des Kleinhandels verschiedener Gruppen an. Er ist die älteste genossenschaftliche Organisation in Deutschland und vertritt bereits die deutschen Genossenschaften, als es in dem Reich noch nicht gab. Die Leistungen der angeschlossenen Genossenschaften sind in der deutschen Wirtschaft weit und breit bekannt, und diesen Leistungen entsprechend steht auch der Deutsche Genossenschaftsverband, der an Mitglieder genossenschaftlicher Arbeit in Deutschland.

Zu dem diesjährigen Genossenschaftstag hatten sich mehr als 1200 Teilnehmer als Vertreter der Genossenschaften aus Deutschland und dem nahen Ausland in Hamburg eingefunden. Eine große Zahl von Ehrenmitgliedern, darunter die Vertreter der Reichs- und Landesregierungen, des Handels und Gewerbes, des Handwerks, der Banken, der Reichswehr usw. mochte der Tagung bei und erbrachte den sprechenden Beweis dafür, welche Bedeutung den gewerblichen Genossenschaften im öffentlichen Leben beigemessen wird. Namens der Reichsregierung wählte Ministerialdirektor Dr. Reichardt, der Reichskommissar für das Handwerk und das Kleingewerbe, dem Genossenschaftstag einen hohen Erfolg. Als Vertreter Preußens überbrachte der Direktor der preussischen Zentralgenossenschaftsstelle, Pöhl, die Wünsche der preussischen Staatsregierung.

Von besonderer Bedeutung war die Ansprache des Reichsministers Dr. Brüning, des Vizepräsidenten des Zentralverbandes des deutschen Handwerks. Er würdigte die Aufgaben des Genossenschaftswesens, das sich in der Zeit der schweren Krise bewährt habe. Zur Aufgabe der Tagung gehörte es, darüber zu beraten, welche Wege einzuschlagen seien, um das für die Führung der Geschäfte notwendige Geld billig zu finden. Infolge der Weltmarktlage seien die Preise der Rohproduktion niedrig und die Unternehmungskosten gering. Geld sei reichlich vorhanden. Wir in Deutschland fühlen die Wirkung der Abwertung infolge der tiefen Verwundungen unseres Wirtschaftskreislaufes durch den Weltkrieg und seine Folgen am meisten. Es ist aber nicht nötig, das deswegen auch das Geld bei uns am meisten zu sparen. Denn wir die letzten Jahren unternehmen notwendige Zurückhaltung über werden wir den Kredit zu billigen Bedingungen verdienen und haben, wie irgendein Land. Wenn von vielen Deutschen Geld in das Ausland gerandt werde, so werde das Ausland durch diese Rückzahlung misstrauisch. Verursache es aber das von Deutschen ins Ausland gefandte Geld, um es zu hohen Zinsen an die Deutschen wieder auszuliehen, so verlieren wir selbst unser Geld, so untergraben wir selbst unseren Kredit.

Am besten interessant war der Bericht der Anwaltschaft, den Professor Dr. Philipp Stein erstattete. Die Genossenschaften spiegeln den Aufbau der Entwicklung der allgemeinen Wirtschaft wider.

215 Arbeiter 1929 gegen Kredit- und Waren-Genossenschaften eine stetige Aufwärtsentwicklung. Ende Oktober sei der Rückschlag eingetreten; die Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften von Ende Dezember liege mit 1,7 Milliarden Mark unter dem Stand von Ende Oktober. Dabei werde im Durchschnitt der Einzelgenossenschaft in Bilanzsumme, Vereinfachungen und Krediten der Stand der letzten Vorjahrsjahre erreicht. Im neuen Jahre sei die Bilanzsumme der Kreditgenossenschaften wieder angeht, jedoch verlangsamt. An der Kapitalvermehrung seien auch die Genossenschaften mit besonderer Opferkraft beteiligt. Alle Genossenschaftsverbände seien befreit, die notwendige Verbesserung und Verfestigung des Kreditwesens wie der Aufsicht der Verbände in die eigene Hand zu nehmen. Die Waren-Genossenschaften zeigten das gleiche Bild der Verlangsamung der Entwicklung, obgleich Ende 1929 eine Umsatzziffer von 1 Milliarde Mark nahezu erreicht gewesen sei.

Zusammenfassend erklärte Prof. Dr. Stein, daß in der Gesamtheit trotz Verlust und Dürre, trotz Anspannung der Kreditlage Widerstandskraft und Elastizität der Genossenschaften groß und ihre innere Stärkung gewachsen sei.

Als Verhandlungsort für den nächstjährigen Genossenschaftstag wurde Darm und gewählt.

Saarschutz und Paneuropa.

Kabinettsrat in Berlin. — Saarappell in Genf.

Während im Wahlkampf ist das Reichskabinettsrat zu einer wichtigen Sitzung einberufen worden, um die letzten Vorbereitungen für die Senfer Tagung der europäischen Außenminister am 8. September zu treffen. An der Kabinettsitzung nehmen der Reichskanzler sowie der größte Teil der Kabinettsmitglieder teil, die — mit Ausnahme der Reichsminister Wirth und Treubranus — ihre Wahlfreien unterbrochen haben und nach Berlin zurückgekehrt sind. Auch Reichsaußenminister Dr. Curtius, der von seinem Schwächeanfall wieder völlig hergestellt ist, wird an den Kabinettsberatungen maßgebend mitwirken.

Auf der Tagesordnung der Kabinettsitzung stehen das Europa-Rundschreiben Deutsches und ferner die Frage des Saarschutzes. In der Paneuropa-Frage ist die Stellung der deutschen Regierung für Genf durch die Antwort der Reichsregierung festgelegt. In der Frage des Saarschutzes wird von deutscher Seite die Auffassung vertreten, daß der Saarschutz nach der Räumung der Rheinlande seinen eigentlichen Sinn verloren hat. Die Regierungskommission des Saargebietes glaubt allerdings auf den Bahnschutz noch nicht verzichten zu können und hat vorerst nur eine Herabsetzung auf 250 Mann beschlossen.

In Übereinstimmung mit der deutschen Regierung verlangt die Saarbevölkerung einmütig die Abwertung des Saarschutzes und hat an den Vollerbund ein entsprechendes Verlangen gerichtet. Wenn man in Genf logisch denken kann, so muß man diesen Antrag ohne Zögern statgeben. Hat doch selbst die amtliche französische Nachrichten-Agentur Sabas in einer Mitteilung unmittelbar nach der Räumung herabgehoben, daß der Saarschutz nur als Verbindung zwischen der Besatzungsarmee und ihrem Heimatland gedacht gewesen sei, und daß nun auch die Saar-Truppen, die dort den Bahnschutz auszuüben hätten, verschwinden würden.

Der Kanzler über die Wirtschaftslage.

Kein Grund zum pessimismus.

Vor seiner Rückkehr nach Berlin sprach Reichskanzler Dr. Brüning auf Wahlkundgebungen des Zentrums in Mülheim und Duisburg. In einer Betrachtung über die deutsche Wirtschaftslage betonte der Reichskanzler, daß diese durchaus nicht so ungünstig sei, wie sie von Zweifelsstimmen dargestellt werde. Deutschland könne durch die Senkung der Rohstoffpreise nur gewinnen, da es ein hohemwichtiges Land industrieller Veredelungswirtschaft sei. Die deutsche Handelsbilanz weise die Konsequenzen dieser Entwicklung bereits auf. Deutschland habe in den letzten Monaten einen Ausfuhrüberschuß gehabt, wie er noch nicht zu beobachten gewesen sei. Deutschland habe die Reparationen in den letzten Monaten nicht mehr allein aus den neuen Anleihen bezahlt, sondern zu 60 Prozent aus dem reinen Ausfuhrüberschuß bezahlen können.

Aus der Wahlbewegung.

Geheimrat Eugenber erkrankt.

Am Montagabend sollte der Führer der Deutschen nationalen Volkspartei Geheimrat Eugenber in einer Wahlversammlung in Potsdam sprechen. Nach einer längeren Verbergerung erklärte der Leiter der Versammlung, daß Geheimrat Eugenber zwar in Potsdam eingetroffen, daß er aber wegen einer Erkrankung

am Abend verhindert sei. Der Arzt habe eine Fieber-
temperatur von 39 Grad festgestellt und ihm die Teil-
nahme an der Versammlung unterlagt.

Stegerwald über die Arbeitslosenfrage.

In einer Wahlrede in Duisburg bezeichnete Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald die Arbeitslosenfrage als das Kernstück der Sozialpolitik in den nächsten Jahren. Die Frage könne weder gelöst werden durch Reform der Arbeitslosenversicherung noch mit Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden. In die eigentliche Arbeitslosenfrage können wir fundamental nur heran durch eine mächtigere, planmäßige und organische innere und äußere Wirtschaftspolitik, durch größte Sparsamkeit in allen öffentlichen Körperschaften, durch Vereinfachung und Verbilligung der Staatsführung, durch Preisabbau, durch Verminderung der produktionshemmenden Steuern, durch das Anordnungsbringen der Finanzkraft in Reich, Ländern und Gemeinden. Ohne geordnete öffentliche Finanzen sei keine dauernde Kreditwürdigkeit eines Landes zu erreichen.

Landwirtschaft und Polenvertrag.

Reichsernährungsminister Schäfer machte in Kiel grundsätzliche Ausführungen zur Agrarpolitik. Hierbei betonte er, daß seine Stellung zum polnischen Handelsvertrag, wie er von der vorigen Regierung unterzeichnet sei, die gleiche geblieben sei, wie er sie vor der Übernahme seines Ministeramts eingenommen habe.

Wieder Ruhe in Budapest.

Der amtliche Bericht über die Unruhen. — 1 Todes-
opfer, 181 Verhaftungen.

Ueber die Kundgebung der ungarischen Arbeiter-
schaft, in deren Verlauf es zu schweren Auseinander-
setzungen, ja sogar zu Minderungen und zu blutigen
Zusammenstößen mit der Polizei kam, liegt jetzt ein
kurzer amtlicher Bericht der Polizeibehörde vor.

Darin wird die Zahl der Demonstrationen, die sich
an den Tagen der Unruhen beteiligt, auf
15 000 bis 20 000 geschätzt. Im Laufe der Zusammen-
stöße ist der Arbeiter Zornig um Leben gekommen.
Von den Verletzten wurde 82 Personen von der Ret-
tungsgesellschaft Hilfe geleistet. Zwei Polizisten wurden
durch Steinwürfe schwer und sieben leicht verletzt. Zu-
gesamt wurden 181 Personen festgenommen, die als
Häupter der Ausschreitungen angesehen werden.
Gegen sie wird ein Strafverfahren eingeleitet werden.
Die Ruhe ist jetzt wieder völlig hergestellt.

Mitteilungen aus privater Quelle bezeugen die
Zahl der Verletzten weit höher. Danach sind etwa 80
Schwer- und gegen 300 leichtverwundet gemeldet wor-
den. Durch die Steinwürfe wurden auch zahlreiche
harmlose Passanten verletzt. U. a. befinden sich zwei
Journalisten unter den Verletzten. Offiziell hatte
das kommunistische Element bei der Kundgebung die
Oberhand gewonnen, was daraus hervorgeht, daß der
Führer der Sozialdemokraten, Ernst Garami, so schwer
mißhandelt wurde, daß er in ein Spital gebracht werden
mußte. Demonstrationen fanden auch in den Pro-
vinzstädten statt, doch verliefen sie dort ohne erheb-
liche Zwischenfälle.

Bereinigung der Grundbücher.

Eintragung der Aufwertung muß bis 31. März 1931
vollzogen sein.

Am 1. Oktober 1930 treten die wesentlichen Ver-
stärkungen des Grundbuchgesetzes über die Bereini-
gung der Grundbücher vom 18. Juli 1930 in Kraft.

Der durch die Aufwertungsangelegenheit geschaffene
Rechtszustand ist häufig aus dem Grundbuch noch nicht
zu ersehen. Vieles sind aufgewertete Rechte noch in
Altkarten oder einer anderen nicht mehr geltenden
Beschreibung im Grundbuch eingetragen; gewisse oder ab-
getretene Rechte, die für den früheren Eigentümer auf-
gewertet sind, sind noch nicht wieder eingetragen.

Das Gesetz will diesem Zustand ein Ende machen
und dem Grundbuch seine alte Klarheit und Vollstän-
digkeit wieder verschaffen. Zu diesem Zweck schreibt
es (unter anderem) vor, daß der Antrag auf Eintra-
gung der Aufwertung einer Hypothek, Grundschuld,
Rentenschuld oder Reallast, die nach den Aufwertungs-
gesetzen aufgewertet, deren Aufwertung aber im Grund-
buch noch nicht eingetragen ist, bis zum Ablauf des 31.
März 1931 bei dem zuständigen Grundbuchamt gestellt
werden muß. Unterbleibt dies, so erlischt das auf-
gewertete Recht am Grundbuch.

Soweit es noch im Grundbuch in alter Fassung
eingetragen ist, wird es von Amts wegen gelöscht.
Der Eintragungsantrag kann vom Gläubiger, vom
Grundbucheigentümer oder einem Dritten, der ein
rechtliches Interesse an der Eintragung hat, gestellt
werden.